

Dresdner Volkszeitung

Postkonto: Dresden
Ruben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Postkonto: Geb. Anstalt, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementspreis einschließlich Dringenspost mit der halbjährigen Unterhaltungsbeilage "Nach der Arbeit", ausserdem "Post und Zeit" monatlich 2 Mark, halbjährlich 10 Mark, Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Mittelstrasse 18, Fernsprecher Nr. 35261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Mittelstrasse 18, Fernsprecher Nr. 35261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 10 mm breite Nonpareille 20 Pf., die 8 mm breite Nonpareille 15 Pf., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 2.00 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Verleihsanzeigen 40 Pf. Rabatt. Für Preisermittlung 10 Pf.

Nr. 170

Dresden, Sonnabend den 23. Juli 1927

38. Jahrg.

Die tobende Reaktion

Von Julius Deutsch (Wien)

Wien, die geruhige, heitere Stadt am Donaustrand, deren Gemütsruhe in der Welt sprichwörtlich geworden ist, hat furchtbare Tage hinter sich. Die Stadt, die die leidvollsten Tage des Zusammenbruchs und des Unstetigen überdauerte, ohne daß es zu einem größeren Blutvergießen kam, mußte am 15. und 16. Juli Mordtaten erleben, die mehr als hundert Menschen das Leben kosteten. Wie war das möglich?

Wir sind weit davon entfernt, die letzte Ursache der traurigen Vorfälle in irgendwelchen technischen Fehlern des Polizeiapparates von Wien, oder wie es andere behaupten, in dem Umstande zu suchen, daß die Sozialdemokratie angeblich in den ersten Stunden des 15. Juli die Herrschaft über die Wassen verloren hätte. So schwer sich die Fehler des Polizeiapparates bemerkbar machten und so furchtbar sie wirkten, können doch nicht sie allein an der Katastrophe schuld sein. Auch daß die Sozialdemokratie die Herrschaft über die Wassen verloren hätte, ist nicht ohne weiteres richtig. Wohl war die spontane Demonstration nicht mit Willen der Partei erfolgt und wohl waren die Menschen furchtbar erregt, aber es ist kein Zweifel, daß sich nach ganz kurzer Zeit die Führung des Parteivorstandes wieder durchsetzte, wofür schon die Tatsache spricht, daß die Generalstreikparole, sowohl was den Beginn als die Beendigung betrifft, mit musterhafter Disziplin befolgt wurde.

Es müssen also tiefere Ursachen gewesen sein, die zu dem beispiellosen blutigen Zusammenstoß geführt haben. Diese tieferen Ursachen sind unsere Erachtens die Zuspitzung der Klassengegensätze in Deutschösterreich. Man kann sich im Ausland kaum eine richtigere Vorstellung von dem beispiellosen Haß machen, mit dem die Bourgeoisie den Aufstieg des roten Wien verfolgt. Die bewundernswürdigen Leistungen der sozialdemokratischen Gemeindevverwaltung haben das reaktionäre Bürgertum geradezu toblich gemacht. Im letzten Wahlkampf glaubte es, durch die Schöpfung einer Einheitsliste des Bürgerblocks das Proletariat niederwerfen zu können. Das ist ihnen nicht gelungen. Im Gegenteil. Die Sozialdemokratie ging siegreich aus der Wahlkloster hervor.

Nachdem es dem reaktionären Bürgertum nicht möglich war, auf demokratischem Boden gegen die organisierte Arbeiterkraft zu liegen, wählte es immer wieder mit dem Gedanken der Gewalt: Die Organe des Machtapparates werden systematisch auf den Kampf gegen die Arbeiterkraft eingestellt. Meer und Polizei, die zum großen Teil aus Sozialdemokraten bestehen, werden unter einen beispiellosen Druck gestellt. Wenn irgendwo die Gefahr eines Zusammenstoßes mit dem Volk droht, werden nur solche Abteilungen vorgeschickt, in denen sich keine Sozialdemokraten befinden. Eben weil diese Abteilungen in der Minderzahl sind, greifen sie rasch zu den tödlichen Waffen.

Sind folgerichtig Hundstöße genug ausgehört, die zur Explosion führen können, so wirfen im Hintergrunde die traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes gleichermäßen mit, um dem Unglück den Weg zu bereiten. Noch immer ist die Zahl der Arbeitslosen in Deutschösterreich höher als in irgendeinem Lande Europas. Noch immer sind die Lebensverhältnisse der Massen durchaus unbefriedigend. Kein Wunder, wenn sich einmal die Bergarbeiterschaft in einem elementaren Aufbruch Luft macht! Dazu kommt das beleidigte Rechtsgefühl der Massen, das Gerichts- und Verwaltungsurteile über Gerichtsurteile über sich ergehen lassen muß, durch die Mörder freigesprochen werden, die Arbeiterblut vergossen haben...

Unsinig sind aber alle Berichte von kommunistischen "Komplotten" oder gar von Aufständen des Republikanischen Schutzbundes. Die Kommunisten sind hierzulande so schwach und desorganisiert, daß sie gar nicht in der Lage gewesen wären, ein solches Unheil heraufzubeschwören, selbst wenn sie es gewollt hätten. Sie haben während der Schredenstage, als die Wassen bereits auf der Straße waren, das ihre dazu beigetragen, um den Wirbel zu steigern. Aber damit erschöpfte sich gewiß nicht ihre Schuld an den tragischen Ereignissen.

Was aber den Republikanischen Schutzbund anlangt, so kann nur sonalischer und toller Haß der Reaktion ihn irgendeiner Schuld bezichtigen. Zehntausende von Leuten haben mit angesehen, mit welchem Dönermut, mit welcher Tapferkeit und mit welcher Hingabe die Schutzbundabteilungen demütigt waren, das Unglück einzudämmen. Es ist gar nicht auszudenken, was geschehen wäre, wenn der Schutzbund nicht so tatkräftig, wie es der Fall war, mitgewirkt hätte, die Ruhe wieder herzustellen.

Die Wiener Schredenstage werden und können nicht eine politische Folge bleiben. Am Abendlicht laucht die reaktionäre Bourgeoisie. Ihre berufenen Vertreter finden kein Wort des Mitleids für die Gefallenen. Ihre Zeitungen trüben von blutrünstigem Haß, ihre Vertretungen fordern unterbrochen die Regierung auf, festzuhalten, nun erst recht zuzugreifen, um die Sozialdemokratie ins Herz zu treffen. Dem reaktionären Ordnungsbürger ist das in Strömen verfließende Blut noch zu wenig. Sein Haß kennt keine Grenzen. Die schändlichsten Anfälle einer Resonanzzeit, die sich da und dort auch im kaiserlichen Lager geltend machen, werden

niedergetrampt. Die Reaktion fühlt sich und will ihre Opfer haben.

Aber die Blutentwürme der Reaktion werden nicht reisen! Die österreichische Sozialdemokratie hat fest und unerückert den Sturm überdauert. Der Republikanische Schutzbund wirkt weiter als Bollwerk gegen die Reaktion. Die Wiener sozialdemokratische Gemeindevverwaltung hat in den Stunden des Schreckens den Kopf oben gehalten und durch die Aufstellung einer eigenen Gemeindefeldwache sehr rasch einen Ordnungsapparat aufgestellt, der nicht gegen, sondern für die Arbeiterkraft wirken soll.

Aus all diesen Gründen sind wir fest davon überzeugt, daß die Wiener Schredenstage keineswegs zur Erschütterung der Machtposition der österreichischen Sozialdemokratie führen werden. Es kann sich vielmehr sehr bald eine ganz andere Situation ergeben. Die Wassen des Volkes, die der Polizei erregt des blutigen Freitags mit Abscheu erfüllt hat, werden sich durchsetzen. Ihr Wille ist auf Frieden und Ordnung gerichtet. Aber auf die Ordnung einer demokratischen Republik und nicht auf die Totenstarre einer blutigen Reaktion. Das werden diejenigen sehr bald und nachdrücklich erfahren, die frevelhaft genug waren, zu glauben, daß sich aus einem brennenden Justizpalast und aus dem Blute von hundert Proletarierrücken ein politisches Geschäft herauspressen läßt.

Jagd auf Menschen

Wien, 22. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Das Drama, das sich heute vor einer Woche hier abgespielt hat, beginnt sich langsam aufzulösen. Das schlimmste war, wie man jetzt überlegen kann, die sogenannte Gassenjagd der Polizei auf die Menschen am Nachmittag und am Abend, nachdem der Vormittag schon genug Menschenleben gekostet hatte und das Löschwerk am Justizpalast schon im Gange war, ohne daß viel gerettet werden konnte. Unter den vielen Akten sind übrigens auch Protokolle des österreichischen Ministerrats verbrannt, ebenso Gerichtsakten von Scheidungsprozessen und Revisionsverfahren vor dem Obersten Gerichtshof.

Die teure Post

Der Verwaltungsrat der Reichspost und seine Mehrheit

D. Berlin, 23. Juli. (Eig. Funkspruch.)

Die Erhöhung der Briefportagegebühr ist am Freitag vom Verwaltungsrat der Reichspost in erster Lesung beschlossen worden. Der Antrag auf Festsetzung des Fernbriefpostes auf 15 Pf. wurde angenommen. Das Ortsbriefpostes wird 8 Pf. betragen. Postkarten kosten im Fernverkehr 8, im Ortsverkehr 5 Pf. Für Drucksachen, denen auch Antwortkarten angehängt werden können, wurde ein billigerer Satz von 3 Pf. festgelegt. Die Verhandlungen über die übrigen Gebührensätze sind bisher noch nicht zum Abschluß gekommen, sie werden heute fortgesetzt. Dann wird auch die zweite Lesung der Vorlage erfolgen.

Den Verhandlungen ging eine ausgiebige Debatte voraus, die sich bis in die Abendstunden erstreckte. Postminister Schäkel hatte seinen bisherigen, fastlich längst widerlegten Ausführungen keine neuen Gründe für diese einschneidende Maßnahme hinzuzufügen. Er beschränkte sich darauf, den Standpunkt des Postministeriums noch einmal darzulegen. In der Debatte brachte Genosse Schumann den

Protest der freien Gewerkschaften, den wir bereits veröffentlichten, dem Verwaltungsrat zur Kenntnis und gab die Erklärung ab, daß die freigewerkschaftlichen Vertreter der Vorlage nicht zustimmen würden.

Genosse Steinkopf machte bei der Ablehnung der Vorschläge des Postministers die Einwendungen der Wirtschaft, insbesondere des Industrie- und Handelstages, geltend, der sich gegen die Portorerhöhung wandte und im Falle ihrer Durchführung eine spätere Herabsetzung der Gebühren verlangte. Der Elektrizitätsinteressent Salomon vom Lahmeyer-Konzern erklärte darauf, daß die Stellungnahme des Industrie- und Handelstages nur die Meinung einiger Herren der Wirtschaft sei.

Ein Antrag der sozialdemokratischen, der demokratischen und der wirtschaftsparteilichen Parlamentarier, dem Verwaltungsrat die Vorlage vorläufig zu verlegen, wurde abgelehnt, ebenso ein kommunistischer Antrag auf Ablehnung des ganzen Entwurfes.

Auf die Frage, ob auch der Reichsminister Curtius der Portorerhöhung zugestimmt habe, erklärte Postminister Schäkel, daß dieser weder im Kabinett noch persönlich protestiert habe. Auch von einem schriftlichen Protest sei ihm nichts bekannt.

Die etwa 600 Polizisten, die am vorigen Freitag mit Gewehren bewaffnet wurden, bestanden zur Hälfte aus Polizeischülern, niederösterreichischen Bauernburken, die noch keine Ahnung von der Erfüllung schwieriger und verantwortlicher Polizeiaufgaben hatten. Von Anfang an hat die Polizei vollkommen versagt, soweit man ihre Aufgabe in der Verhütung blutiger Zusammenstöße sieht. Noch zu einer Stunde, als die Zusammenstöße bereits bedrohlichen Charakter angenommen hatten, war viel zu wenig Polizei aufgeboden. Als dann am Nachmittag, ganz ohne erkennbaren Anlaß, die Schießerei begann, da wurde es so gemacht, daß ganze Schützenketten auf jede Gruppe Menschen, die ihnen vor die Nase kam, oder auch auf einzelne Menschen, die einen feindseligen Aussehen machten, sich irgendwie mißliebige machten, schossen. Wenn dann die Heberlebenden auseinanderstoben und die Strafen frei waren, so hat die Polizei nicht etwa Abwehrmaßnahmen vorgenommen und dadurch weiteren blutigen Zusammenstößen vorgebeugt, sondern sie stand ruhig da mit dem schußbereiten Gewehr in der Hand, ließ die Leute nach und nach wieder zusammenströmen und schloß schließlich wieder von neuem. Das geschah nicht etwa nur von einer Stelle aus, sondern die Schützenketten wurden immer wieder nach vorwärts verlegt, und es ergante sich das, was wir in seiner Gesamtheit bereits eingehend geschildert haben, ohne daß die Entwicklung im einzelnen so genau zu übersehen war, wie sie sich jetzt aus einwandfreien Erkundungen ergibt.

Die ersten Vernehmungen der 55 von den 300 Verhafteten, die wegen schwerer Verbrechen in das Landesgericht eingeliefert worden sind, haben am Freitag begonnen; es heißt, daß die Hauptverhandlung gegen die Beschuldigten bereits im September stattfinden soll. Mehrere sozialistische Anwälte haben die Vertretung der Angeklagten bereits übernommen.

Einführung eines Untersuchungsausschusses

A. Wien, 23. Juli. (Eig. Funkspruch.)

Im Gemeinderat von Wien fand am Freitag unter großem Andrang und höchster Spannung die Verlesung der blutigen Tage statt. Ein Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokraten forderte die Einführung eines Untersuchungsausschusses, der auch die Schuldigen feststellen soll. Die Christlichsozialen drachten zwei Dringlichkeitsanträge ein, von denen der eine die Auflösung der Stadtfeldwache verlangte und der zweite eine Untersuchung

Die Mehrheit, die die Postgebührenerhöhung im Verwaltungsrat beschloß, setzte sich zusammen aus Parlamentariern von den Deutschnationalen, des Zentrums, der Bayerischen und der Deutschen Volkspartei, aus der Personalvertretung und einigen Vertretern der Wirtschaft. Unter ihnen befand sich auch der Vertreter des deutschen Einzelhandels, Grünfeld. Auch einige Vertreter des Reichsrats im Verwaltungsrat der Post waren für die Portorerhöhung.

Die preussische Regierung lehnte sie jedoch ab. Der von dem deutschnationalen Abgeordneten Bruhn gestellte Antrag auf Erhöhung der Ortsbriefgebühren auf 10 Pf. wurde mit einer geringen Mehrheit abgelehnt. Ebenso verfiel ein Vorschlag Preußens der Ablehnung, der dahinging, die Kartenbriefe wieder einzuführen.

In seiner heutigen Sitzung wird der Verwaltungsrat der Reichspost die erste Lesung der Vorlage vollenden und dann die zweite Lesung vornehmen. Dabei wird auch ein Vorschlag zur Veratung stehen, der im Arbeitsausschuß einstimmige Annahme gefunden hat und der dahin geht,

eine Friedrich-Ebert-Marke zu schaffen. — Entgegen dem eindeutig bekundeten Willen des Reichstages und weiter Wirtschaftskreise hat also der Verwaltungsrat der Reichspost die Erhöhung des Portos beschlossen. Die Beschlüsse werden wahrscheinlich auch in der zweiten Lesung nicht abgeändert werden.

Da die Mehrheit für die Gebührenerhöhung recht stark war.

Am entscheidenden Maße wurden die Abstimmungen beeinflusst durch die Haltung der Wirtschaftvertreter, deren Verbände vorher in der Öffentlichkeit laute Proteste gegen die geplante Maßnahme erhoben haben, die dann aber für den Postminister eingetreten sind. Auch die Haltung der Personalvertreter, die nach den Instruktionen der Reichsblockregierung handelten, trug zu dieser Entscheidung bei. Der Reichstag wird sich jetzt darüber schlüssig werden müssen, ob der Reichspost noch weiter eine Sonderstellung belassen werden kann, die es der bürokratischen Verwaltung gestattet, sich über die Mitbestimmung des Parlaments bei der Entscheidung derart weitgehender Maßnahmen hinwegzusetzen. So, wie es bisher gewesen ist, geht es jedenfalls nicht weiter.